

Südamerikanischer Klerus

Der durch den Apostolischen Stuhl eingerichtete ständige bischöfliche Rat Südamerikas, der die regelmäßigen Plenarkonzilien vorbereitet, legte im vergangenen Jahr Statistiken über die Priesternot vor. Danach kommt je ein Priester auf 11 926 Gläubige in Guatemala, 11 657 in Honduras, 8109 in Cuba, 5744 in Paraguay, 5688 in Uruguay, 5395 in Brasilien, 5122 in Peru, zwischen 4700 und 4150 in Venezuela, Nicaragua, Bolivien, Panama, Argentinien, 3863–3121 in Costa Rica, Mexiko, Columbien, Chile. Ecuador ist der einzige Staat, in dem weniger als 3000 Seelen (2818) auf einen Priester kommen. Das Konzil nahm diese Daten zum Anlaß eines eindringlichen Appells an die Gläubigen. Eine Reihe von Seminarien und Seminarerweiterungen sind ebenfalls neu beschlossen worden. Das seit 1858 in Rom bestehende Collegio Pio Latinoamericano soll ebenfalls bedeutend vergrößert werden. Das spanische Heimatland sucht auch Priester und Priesternachwuchs für die ehemaligen spanischen Länder zu gewinnen. Mehrere Bischöfe, jüngst noch der von Palma de Mallorca, haben ihre Gläubigen in dieser Beziehung ermahnt und suchen auch durch Bereitstellung von Geldmitteln zu helfen. In der Universitätsstadt Madrid wurde im Herbst 1957 auch ein spanisch-amerikanisches Priesterseminar eröffnet. (*Ecclesia, Madrid* 1. 2. 1958.)

Kirche und Politik in Columbien

Seit 1948 bekämpfen sich in Columbien die konservative und liberale Partei. In den Provinzen und selbst in der Hauptstadt kam es dabei zu häufigen Gewaltakten, die hier und da fast die Form von Bürgerkriegen annahmen. Die politischen Motive verbanden sich nicht selten mit religiösen Gegensätzen. Manche Attentate auf protestantische Kapellen und Kirchen wurden vor allem im Ausland als Akte einer Kirchenverfolgung gebrandmarkt, während das eigentlich Treibende doch die politische Leidenschaft war. Die Zustände verschlimmerten sich so, daß die Parteileitungen sich zu einer Versöhnung bereit fanden und eine Volksbefragung zur nationalen Versöhnung anordneten. Es sollte nach dem Ergebnis eine Regierung aus Vertretern beider Parteien gebildet werden. Auch die Frauen sollten bei der Volksbefragung mitstimmen. Die katholischen Bischöfe erließen ein Hirten Schreiben, in dem sie die Gläubigen auf ihr Gewissen verpflichteten, sich an der Volksbefragung zu beteiligen. Die neue Verfassung erkennt Gott als die höchste Quelle aller Autorität an und erklärt die katholische Religion zu der des Volkes als ganzem gesehen. Am 7. August 1958 will die jetzige Militärregierung ihr Amt dem von beiden Parteien gewählten Präsidenten übergeben. Nach vorangegangenen Wahlen tritt das Parlament am 20. Juli zusammen. Die Bischöfe verlangen, daß die 1956 „im Widerspruch mit den katholischen Grundsätzen, die das kolumbianische Volk bekennt“, erlassenen Verordnungen wieder abgeschafft werden. Es handelt sich dabei um Vermögensbestimmungen, um das Recht, freie Schulen zu errichten, und um die Ehegesetzgebung. Innerhalb der konservativen Partei entstanden Zwistigkeiten wegen des Vorsitzenden und der zum Präsidenten in Aussicht genommenen Persönlichkeit. Schließlich einigte man sich auf Guillermo León Valencia, um den Ausgang der Volksbefragung nicht zu gefährden. – Sie fand in aller Ruhe statt. Von 4 Millionen, d. h. 80% der Stimmberechtigten, erklärten sich nur 150 000 gegen die Versöhnung der beiden Parteien. Es steht zu hoffen, daß die vorläufige Militärregierung auch die Parlamentswahlen in Ruhe durchführen kann. (*Ecclesia, Madrid* 7./14. 12. 1957.)